



An die
Unternehmerinnen und Unternehmer
der Personaldienstleistungsbranche und Zeitarbeit

09.12.2005

iGZ und BZA wollen Zeitarbeitsbranche dem DGB ausliefern

Sehr geehrte Damen und Herren,

in den Tarifverhandlungen mit dem DGB hat der Interessenverband Deutscher Zeitarbeitsunternehmen (iGZ) eine Position bezogen, die für alle Personaldienstleister und Zeitarbeitsunternehmen in Deutschland zu einer großen Gefahr werden kann. In einem Papier der iGZ-Tarifverhandlungskommission wird gefordert:

„Abschluss eines Mindestlohn-Tarifvertrages iGZ-BZA-DGB nebst Antrag auf Allgemeinverbindlichkeitserklärung (Ziel: Ausweitung des Arbeitnehmerentendegesetzes auf die Zeitarbeitsbranche ...).“

Weiter heißt es, dass die Vertreter der DGB-Einzelgewerkschaften bereits ihre Unterstützung zu diesem Vorschlag signalisiert haben (s. Anlage).

Dass die iGZ einen solchen Plan entwickelt und in Zusammenarbeit mit dem DGB verfolgt, verwundert kaum, denn bereits im April 2005 hatte die iGZ die Einführung eines Mindestlohnes von 7,- € für die Zeitarbeit gefordert (s. Anlage). Dass sich aber auch der Bundesverband Zeitarbeit (BZA) solchen Überlegungen nicht verschließt, wie aus dem BZA notgedrungen bestätigt wurde, macht das Vorhaben für unsere gesamte Branche äußerst gefährlich.

Zurzeit können Sie entscheiden, welchen Tarifvertrag Sie anwenden. Sollten iGZ und BZA ihre Pläne umsetzen, wird es nur noch einen allgemeinverbindlichen Mindestlohn-Tarifvertrag geben. Damit würde die verfehlte Tarifpolitik von iGZ und BZA der gesamten Branche aufgezwungen. Bislang stellt der AMP mit den christlichen Gewerkschaften sicher, dass der DGB-Wunschtraum „Equal Pay“ Wunschtraum bleibt.

Die Folgen einer Allgemeinverbindlichkeitserklärung eines DGB-Tarifvertrages über das Arbeitnehmerentendegesetz wären für alle deutschen Personaldienstleister mehr als fatal: Die Zeitarbeitsunternehmen würden unumkehrbar in die Arme des DGB getrieben. Alternative Entgelttarifverträge mit den christlichen Gewerkschaften, die bisher die Personaldienstleister vor dem alleinigen Zugriff des DGB schützen, wären sofort bedeutungslos. Der DGB könnte dann ohne „lästige“ Konkurrenz einer anderen Gewerkschaft mittelfristig den gesetzlichen Gleichbehandlungsgrundsatz durchsetzen. Von dieser Forderung wird der DGB nicht abweichen. Und dass Equal Pay das Aus für viele Personaldienstleister – vor allem der kleineren und mittelständischen Unternehmen – bedeuten würde, ist Ihnen als Unternehmer nur zu gut bekannt. Konzerne würden profitieren – die mittelständische Zeitarbeit stünde vor dem Aus.



Mit ihrem Plan bringen die iGZ – und der BZA – unsere Branche in eine existenzbedrohende Lage. iGZ und BZA beschreiten einen gefährlichen und falschen Weg. Sie verraten die Zeitarbeitsbranche, wenn sie die Personaldienstleister dem DGB ausliefern. Am Ende dieses Weges würden verteuerte Zeitarbeitskräfte für unsere Kunden nicht mehr bezahlbar sein, und wieder würden zigtausende von Arbeitsplätzen ins Ausland abwandern. Arbeitslose, die in der Zeitarbeit einen sicheren Job gefunden hatten, wären wieder auf der Straße.

Diese Entwicklung erfüllt uns als Unternehmer mit tiefer Sorge. Deshalb wenden wir uns direkt an Sie als Unternehmer und appellieren an Sie, uns zu unterstützen, damit der DGB nicht mit Hilfe zweier Arbeitgeberverbände (!) sein Lohndiktat über unsere gesamte Branche ausüben kann. Nur wenn wir uns als Unternehmer gemeinsam dagegen zur Wehr setzen, wird der fatale Plan der iGZ als federführendem Verband nicht zur Realität.

Mit zutiefst besorgten Grüßen

Peter Mumme
Vorstandssprecher

Irmhild Lansch
Stellvertretende Vorstandssprecherin

Roland Brohm
Stellvertretender Vorstandssprecher